

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,09 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwas geringer als im Schnitt der vergangenen fünf Jahre. Der Weltmarkt (Güter) dürfte im Jahr 2023 um 1,3% zurückgehen und in den beiden folgenden Jahren um je 2¼% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz von gegenwärtig 4,25% im Herbst um einen viertel Prozentpunkt anhebt und ihn beginnend mit dem zweiten Quartal 2024 langsam wieder senken wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2023 bei 84 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei durchschnittlich 80 und im Jahr 2025 bei 77 Dollar. Der Großhandelspreis für Gas in Europa steigt bis in die Wintermonate 2023/24 auf etwa 54 Euro je Megawattstunde, liegt im Sommerhalbjahr 2024 bei 52 Euro und im Winter 2024/25 bei 57 Euro. Danach sinkt er bis Ende 2025 auf 47 Euro. Der Durchschnittspreis für Erdgas, den private Haushalte zu zahlen haben, liegt im zweiten Halbjahr 2023 bei 10 Cent und im Jahr 2024 – bedingt durch die Anhebung der Umsatzsteuer auf 19% – bei 10,6 Cent je Kilowattstunde.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Jahr 2023 expansiv ausgerichtet. Dies geht einerseits auf Steuererleichterungen, etwa durch das Inflationsausgleichsgesetz, die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas oder die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie, andererseits auf staatliche Mehrausgaben zur Abfederung des Verbraucherpreisanstiegs und für die Landesverteidigung und den Klimaschutz zurück. Demgegenüber entfallen die in den zurückliegenden Jahren hohen Corona-bedingten staatlichen Mehrausgaben. Zudem entfallen einige Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg aus dem Vorjahr bereits wieder, etwa die Energiepreispauschale, der Tankrabatt oder Unternehmenshilfen. Zudem hat sich der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Jahresbeginn erhöht, und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2023, der zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 angehoben. Dennoch ergibt sich im laufenden Jahr ein expansiver Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2024 schwenkt die Finanzpolitik auf einen restriktiven Kurs ein. Zwar ergeben sich aus der geplanten Unternehmensteuerreform (Wachstumschancengesetz) neue und aus dem Inflationsausgleichsgesetz weitere spürbare steuerliche Entlastungen. Zudem dürften die staatlichen Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen, für die Landesverteidigung und für die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur deutlich ausgeweitet werden. Nachfrage-dämpfend wirkt dann aber vor allem das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse. Auch endet die temporäre Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgasprodukte und in der Gastronomie. Zudem führen Änderungen bei der Lkw-Maut und die deutliche Anhebung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr zu deutlichen staatlichen Mehreinnahmen. Schließlich dürfte auch im Jahr 2024 der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung erneut steigen und die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung wirkt dann erstmals ganzjährig. Alles in allem beläuft sich der daraus resultierende restriktive Impuls aus finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2024 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2025 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand leicht restriktiv ausgerichtet sein.